

Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 06.03.2014

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage. Bitte beachten Sie, dass in die Ausschüsse eingebrachte Vorlagen, die die Beratungsfolge „Rat 18.02.2014“ enthielten, wegen der Verlegung der Sitzung, über die Sie mit Schreiben vom 03.02.2014 gesondert informiert wurden, in der neu terminierten Sitzung des Rates am 06.03.2014 behandelt werden!

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

II. Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 17.12.2013 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.12.2013 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0020/2014
Die Vorlage ist beigelegt.
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
Eventuelle Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.
- 5 Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2012**
Vorlage: 0021/2014
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 11.02.2014 die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.
- 6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2013**
Vorlage: 0025/2014
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 11.02.2014 die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.
- 7 Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2013 in das Haushaltsjahr 2014 im Kernhaushalt**
Vorlage: 0049/2014
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 11.02.2014 einstimmig beschlos-

sen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2013 in das Haushaltsjahr 2014 im Kernhaushalt entsprechend der Anlage 1 (investiv) und Anlage 2 (konsumtiv) zur Vorlage wird zugestimmt.

- 8 **Übertragung von Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2013 in das Wirtschaftsjahr 2014 für den Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0053/2014
Die Vorlage ist beigelegt.

- 9 **XXII. Nachtragssatzung zur "Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach"**
Vorlage: 0023/2014
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 11.02.2014 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die XXII. Nachtragssatzung zur „Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach“ wird in der der Vorlage als Anlage beigelegten Fassung beschlossen.

Die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erbetenen interkommunalen Vergleichszahlen sind der Einladung zur Sitzung des Rates am 06.03.2014 als ergänzende Unterlage zu diesem Tagesordnungspunkt beigelegt.

- 10 **Neuwahl des Integrationsrates; Änderung von ortsrechtlichen Regelungen**
Vorlage: 0050/2014
Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 04.02.2014 auf Antrag eines beratenden Ausschussmitgliedes zunächst einstimmig beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

§ 11 Ziffer 2. Satz 2 der Wahlordnung für die Wahl zum Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach erhält folgende Fassung:

„Zusätzlich werden Familienname und Vorname aller auf der Liste genannten Bewerber/Bewerberinnen bis zu maximal 14 Personen aufgeführt.“

Der Ausschuss stellte die vorstehende Beschlussempfehlung unter den Vorbehalt, dass die Änderung rechtlich zulässig sei.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann beschloss sodann einstimmig, dem Rat folgende, im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

1. **Die III. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.**
2. **Die Wahlordnung zur Wahl des Integrationsrates der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung vom 28.10.2009 wird aufgehoben.**
3. **Die neue Wahlordnung zur Wahl des Integrationsrates wird in der Fassung der Vorlage mit folgender Änderung vorbehaltlich der rechtlichen Zulässigkeit dieser Änderung beschlossen:**

4. § 11 Ziffer 2. Satz 2 der Wahlordnung für die Wahl zum Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach erhält folgende Fassung: „Zusätzlich werden Familienname und Vorname aller auf der Liste genannten Bewerber/Bewerberinnen bis zu maximal 14 Personen aufgeführt.“

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014 stellte die Verwaltung mündlich dar, dass die vom Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann empfohlene Änderung des Entwurfs der Wahlordnung rechtlich zulässig und auch praktisch umsetzbar sei.

Der Haupt- und Finanzausschusses ist sodann der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau einstimmig **gefolgt**.

Der schriftlich formulierte Antrag aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, der auch den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt wurde, ist auch der Einladung zur Sitzung des Rates am 06.03.2014 als ergänzende Unterlage zu diesem Tagesordnungspunkt beigelegt.

**11 VII. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach
Vorlage: 0652/2013**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat in der Sitzung am 05.02.2014 mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat beschließt die VII. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) mit folgender Änderung in § 2 des Satzungsentwurfes:

**„§ 2
Inkrafttreten**

Diese Nachtragssatzung tritt mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.“

**12 Baumschutzsatzung in der Gartensiedlung Gronauer Wald
Vorlage: 0032/2014 und 0032/2014/1**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat in der Sitzung am 05.02.2014 auf Antrag der CDU zunächst mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

§ 2 Absatz 2 Buchstabe a des Satzungsentwurfes erhält folgende Fassung: „a) Laubbäume und Wald-Kiefern (als standorttypische, ursprüngliche und Charakter stiftende Nadelbaumart) mit einem Stammumfang von mindestens 90 cm, andere Nadelbaumarten und Birken sind nicht geschützt,“

Aus der Anlage 2 zum Satzungsentwurf – Siedlungstypische Bäume und Heckenpflanzen – wird die Birke herausgenommen.

Sodann beschloss der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr einstimmig, dem

Rat folgende, im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderte **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat beschließt die Baumschutzsatzung in der Gartensiedlung Gronauer Wald mit folgender Änderung in § 2 Absatz 2 Buchstabe a des Satzungsentwurfes:

„a) Laubbäume und Wald-Kiefern (als standorttypische, ursprüngliche und Charakter stiftende Nadelbaumart) mit einem Stammumfang von mindestens 90 cm, andere Nadelbaumarten und Birken sind nicht geschützt.“

und mit folgender Änderung in der Anlage 2 zum Satzungsentwurf: Aus der Anlage 2 zur Satzung – Siedlungstypische Bäume und Heckenpflanzen – wird die Birke herausgenommen.

Die Verwaltung erstellte im Nachgang zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr eine neue Vorlagenversion (Vorlagenversion Nr. 0032/2014/1) mit einem überarbeiteten Satzungsentwurf und einer überarbeiteten Anlage 2 zum Satzungsentwurf, in die auch die vorstehende vom Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr empfohlene Änderung mit weiteren Änderungsvorschlägen der Verwaltung eingeflossen ist. Die in die neue Vorlagenversion eingeflossenen weiteren Änderungsvorschläge der Verwaltung lauten:

In der Sachdarstellung der Vorlage, unteres Drittel des Textes:

Statt „Die hohe Durchgrünung bietet Gewähr für eine typische Artenvielfalt von Park- und Gartenvogelgemeinschaften sowie eine hohe Individuenzahl.“ muss es heißen: „Die hohe Durchgrünung bietet Gewähr für eine typische Artenvielfalt von Park- und Gartengemeinschaften sowie eine hohe Individuenzahl insbesondere von Vögeln.“

In § 1 Absatz 2 Satz 1 des Satzungsentwurfes:

Statt „Die Erklärung der Bäume und Hecken zu geschützten Landschaftsbestandteilen (§ 29 BNatSchG) erfolgt mit dem Ziel (...)“ muss es heißen: „Die Unterschützstellung der Bäume und Hecken nach Maßgabe dieser Satzung erfolgt mit dem Ziel (...)“.

In § 1 Absatz 2 Satz 8 des Satzungsentwurfes:

Statt „Park- und Gartenvogelgemeinschaften“ muss es heißen: „Park- und Gartengemeinschaften“.

Im gesamten Satzungsentwurf:

Generell wird aus juristischen Gründen der Begriff „Geschützter Landschaftsbestandteil“ durch den Begriff „Geschütztes Gehölz“ ersetzt. Begründung: Die Mustersatzung des Deutschen Städtetags verwendet den Begriff „Geschützter Landschaftsbestandteil“. Die Ausweisung von „Geschützten Landschaftsbestandteilen“ unterliegt in NRW ausschließlich den Unteren Landschaftsbehörden, betreffend die Stadt Bergisch Gladbach dem Rheinisch-Bergischen Kreis. Hinzu kommt, dass es sich bei „Geschützten Landschaftsbestandteilen“ immer um explizit ausgewiesene Einzelelemente oder Objekte handelt.

Die Vorlage Nr. 0032/2014/1 ist der Einladung zur Sitzung des Rates am 06.03.2014 als ergänzende Unterlage zu diesem Tagesordnungspunkt beigelegt und soll Grundlage der Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 06.03.2014 sein.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 11.02.2014 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Richtlinie zur Förderung von Begegnungsreisen im Bereich Städtepartnerschaften der Stadt Bergisch Gladbach wird beschlossen.

**14 Planung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2014/2015
Vorlage: 0001/2014**

Die Verwaltung empfahl dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 12.02.2014, folgende Änderung in der Bedarfsplanung bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen:

Ziffer I Hinweise zum Verfahren – 4 Eckpunkte der Planung – 1. Ziel: Einführung der vier Bausteine für die Krippenkinder (Klassische Kindertagespflege, Großtagespflege, Spielgruppe, Kindertagesstätte) in der Anlage 1 zur Vorlage erhält folgende Fassung:

„1. Ziel: Einführung der vier Bausteine für die Krippenkinder (Klassische Kindertagespflege, Großtagespflege, Spielgruppe, Kindertagesstätte)

In Ergänzung zu dem bewährten Betreuungsangebot für Krippenkinder in Kindertagesstätten, das in den vergangenen Jahren qualitativ und quantitativ ausgebaut wurde, sollen die Kinder im ersten Lebensjahr zukünftig mehr als jetzt in Kindertagespflegestellen betreut werden. Angestrebt wird die Versorgung der Unter-Einjährigen in überschaubaren Tagespflegestellen. Für die Kinder ab dem 2. Lebensjahr sollen die Plätze in Spielgruppen (mit bis zu 15 Wochenstunden Betreuungsumfang) und in den neuen Großtagespflegestellen (soweit verfügbar) empfohlen werden.

Aufnahmeempfehlung für die Krippenkinder
(...)“

Der Jugendhilfeausschuss beschloss sodann mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende, im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderte **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. Der Bedarfsplanung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2014/2015 wird mit folgender Änderung zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, auf dieser Grundlage beim Land die Betriebskostenmittel zu beantragen:

Ziffer I Hinweise zum Verfahren – 4 Eckpunkte der Planung – 1. Ziel: Einführung der vier Bausteine für die Krippenkinder (Klassische Kindertagespflege, Großtagespflege, Spielgruppe, Kindertagesstätte) in der Anlage 1 zur Vorlage erhält folgende Fassung:

„1. Ziel: Einführung der vier Bausteine für die Krippenkinder (Klassische Kindertagespflege, Großtagespflege, Spielgruppe, Kindertagesstätte):

In Ergänzung zu dem bewährten Betreuungsangebot für Krippenkinder in Kindertagesstätten, das in den vergangenen Jahren qualitativ und quantitativ ausgebaut wurde, sollen die Kinder im ersten Lebensjahr zukünftig mehr als jetzt in Kindertagespflegestellen betreut werden. Angestrebt wird die Versorgung der Unter-Einjährigen in überschaubaren Tagespflegestellen. Für die Kinder ab dem 2. Lebensjahr sollen die Plätze in Spielgruppen (mit bis zu 15 Wochenstunden Betreuungsumfang) und in den neuen Großtagespflegestellen (soweit verfügbar) empfohlen werden.

Aufnahmeempfehlung für die Krippenkinder
(...)“

2. Für die mögliche Einrichtung weiterer Plätze für Kindergartenkinder sollen ebenfalls entsprechende Betriebskostenmittel beantragt werden.

15 Schenkungsweise Annahme eines Genossenschaftsanteils an der GL-Solar-Energie-Genossenschaft Bergisch Gladbach eG

Vorlage: 0589/2013

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014 stimmte die DIE LINKE./BfBB für einen Antrag von DIE LINKE./BfBB, Ziffer 3. des Beschlussvorschlages der Verwaltung ersatzlos zu streichen. Gegen den Antrag stimmten CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Freie Wähler und der Bürgermeister bei Enthaltung der FDP. Der Antrag wurde damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Bürgermeister wertete Ziffer 2. des Beschlussvorschlages als weitergehender im Vergleich mit einem weiteren Antrag von DIE LINKE./BfBB, Ziffer 2. des Beschlussvorschlages derart zu ändern, dass an Stelle von Herrn Bernd Martmann ein Ratsmitglied als Vertreter/in der Stadt Bergisch Gladbach in die Generalversammlung der GL-Solar-Energie-Genossenschaft Bergisch Gladbach eG entsendet werde und stellte den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss sodann mehrheitlich gegen die Stimmen von FDP und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst folgende Beschlüsse:

1. Das Angebot der schenkungsweisen Übertragung eines Genossenschaftsanteils im Wert von 500 € an der GL-Solar-Energie-Genossenschaft Bergisch Gladbach eG durch Herrn Wilfried Kamp, Im Letsch 1 b, 51427 Bergisch Gladbach an die Stadt Bergisch Gladbach wird angenommen. Die Stadt wird somit Mitglied der vorgenannten Genossenschaft. Der Rat zieht die Entscheidung zu Ziffer 1. gemäß § 1 Absatz 4 ZustO an sich.
2. Die Stadt Bergisch Gladbach entsendet Herrn Bernd Martmann nach § 113 GO NRW in die Generalversammlung der GL-Solar-Energie-Genossenschaft Bergisch Gladbach eG.
3. Herr Norbert Ricking wird bevollmächtigt, sich von der Generalversammlung, nach § 18 der Satzung der GL-Solar-Energie-Genossenschaft Bergisch Gladbach eG, in den Aufsichtsrat wählen zu lassen.

Bezüglich der Anfrage von Herrn Hoffstadt in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014, wie viele Genossenschaftsanteile es insgesamt gebe, hat die Verwaltung von Herrn Kamp folgende Auskunft erhalten: Die GL Solar Energie Genossenschaft setzt sich aus 44 Genossenschaftern zusammen, die über je einen Genossenschaftsanteil verfügen.

16 Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung

Vorlage: 0634/2013

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 04.02.2014 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt Herrn Frank Köchling als stellvertretendes Mitglied in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 11.02.2014 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau einstimmig **gefolgt**.

17 Einwohnerfragestunde

Vorlage: 0060/2014

Die Vorlage ist beigefügt.

18 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

18.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.01.2014 (eingegangen am 27.01.2014) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen, dem Aufsichtsrat der Bädergesellschaft mbH und dem Verwaltungsrat des SEB AöR

Vorlage: 0056/2014

Die Vorlage ist beigefügt.

18.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 27.01.2014 (eingegangen am 28.01.2014) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen

Vorlage: 0055/2014

Die Vorlage ist beigefügt.

18.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2014 (eingegangen am 04.02.2014) zur Umbesetzung im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verkehr

Vorlage: 0069/2014

Die Vorlage ist beigefügt.

18.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2014 (eingegangen am 18.02.2014) zur Umbesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss

Vorlage: 0098/2014

Die Vorlage ist beigefügt.

18.5 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 17.02.2014 (eingegangen am 19.02.2014) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen

Vorlage: 0064/2014

Die Vorlage ist beigefügt.

18.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 19.02.2014 (eingegangen am 19.02.2014) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen

Vorlage: 0063/2014

Die Vorlage ist beigefügt.

19 Anträge der Fraktionen

19.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 02.12.2013 zur Änderung der Hundesteuersatzung (Überweisung durch den Rat am 17.12.2013 zu DR-Nr. 0669/2013 an den HFA und Rat)

Vorlage: 0042/2014

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014 stimmte DIE LINKE./BfBB für den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB. Gegen den Antrag stimmten CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Bürgermeister bei Enthaltung von Freie Wähler.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat damit mehrheitlich beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird abgelehnt.

19.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 02.12.2013 zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheides zur Gründung der Stadtwerke Bergisch Gladbach

Vorlage: 0044/2014

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014 stimmte DIE LINKE./BfBB für den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB. Gegen den Antrag stimmten CDU, FDP und der Bürgermeister bei Enthaltung von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat damit mehrheitlich beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird abgelehnt.

19.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 27.01.2014 (eingegangen am 27.01.2014) zur Finanzierung des Schwimmbads des RTB und zur Eingliederung des Schwimmbads Mohnweg in die Bäder GmbH

Vorlage: 0054/2014

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.2014 stimmte DIE LINKE./BfBB für den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB. Gegen den Antrag stimmten CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Bürgermeister bei Enthaltung von Freie Wähler.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat damit mehrheitlich beschlossen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird abgelehnt.

19.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.01.2014 (eingegangen am 28.01.2014) zur Gültigkeit von Mehrfachkarten und zum Mehrfachkarten-System der Bäder GmbH

Vorlage: 0057/2014

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss in der Sitzung am 11.02.2014 einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Gültigkeit von Mehrfachkarten wird vertagt. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Bäder GmbH zu prüfen, ob und wie ein Umstieg auf ein Guthabensystem umgesetzt werden kann.

19.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 02.02.2014 (eingegangen am 03.02.2014) zur Einhaltung der Tariflöhne und des Mindestlohns bei der Reinigung der städtischen Gebäude

Vorlage: 0065/2014

Die Vorlage ist beigefügt.

19.6 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2014 (eingegangen am 18.02.2014) zur Wiederwahl eines Beigeordneten und Bestellung zum Stadtkämmerer

Vorlage: 0095/2014

Die Vorlage ist beigefügt.

- 19.7** **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2014 (eingegangen am 18.02.2014) zur Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema „Weibliche Genitalbeschneidung“**
Vorlage: 0099/2014
Die Vorlage ist beigelegt.
- 19.8** **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 17.02.2014 (eingegangen am 19.02.2014) zur Wahlsichtwerbung**
Vorlage: 0111/2014
Die Vorlage ist beigelegt.
- 20** **Anfragen der Ratsmitglieder**
20.1 **Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 19.02.2014 (eingegangen am 19.02.2014) zum sozialen Wohnungsbau in Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0112/2014
Die Vorlage ist beigelegt.
- 20.2** **Mündliche Anfragen der Ratsmitglieder**
Eine Erläuterung erübrigt sich.